

Integration im Interesse aller

Dienstag, 14. September 2010

Henry E. Merkli



Von links: Christa Köppel, Gemeindefürsprecherin Widnau; Reto Friedauer, Gemeindefürsprecher St. Margrethen und Gruppenleiter «REPAS» Rheintal; Fanziska Ramseyser, Geschäftsleiterin OB Asylwesen; Peter Illitsch, Leiter «REPAS» Rheintal; Sabine Krimayr, Sekretariat, und Theres Affolter, Regionale Fachstelle Integration Altstätten. □ (Foto: hem)

Heerbrugg. – Seit 1. September haben die Rheintaler Gemeinden zwischen Rüthi und Rheineck die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen und Asylsuchenden mit einem Leistungsauftrag an die Firma ABS Betreuungsservice AG in Pratteln ausgelegt. Neu kümmert sich eine regionale Potenzial- und Arbeitsintegrationsstelle, «REPAS», in Heerbrugg an der Balgacher Strasse 206 (vis-à-vis Coop-Zenter), um diese wichtige Aufgabe. Ziel der «REPAS» Rheintal ist, Flüchtlinge, Asylsuchende, aber auch Sozialhilfeempfänger in den Arbeitsmarkt und damit in die wirtschaftliche Selbständigkeit zu begleiten, führt Friedauer in der Einleitung aus.

Angestrebt werde eine Vermittlungsquote von mindestens 50 Prozent. Tatsache sei, dass die Flüchtlinge die Schweiz in der Regel nicht mehr verlassen würden. «Eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt ist nicht zuletzt auch für die Gemeinden von Interesse», so Friedauer. Denn nach Ablauf der Bundesfinanzierung können diese Menschen in die Sozialhilfe geraten, wenn es nicht gelingt, sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dies sei spätestens nach sieben Jahren der Fall. Der Bund finanziere die Integration der Flüchtlinge und Asylsuchenden mit einer sogenannten Integrationspauschale. B anhin sei die Erwerbsquote von Flüchtlingen wie auch die Ausnützung der Integrationspauschale eher tief gewesen. Mit dem kantonsweiten «REPAS»-Modell sei eine Integration erfolgsversprechend.

Keine Sozialfälle produzieren

Die Ausländerpauschale sei im Ausländer- und Asylgesetz fixiert. Dies bedeute, dass die Chance zwischen der kommunalen und kantonalen Ebene besteht, intern sieben Jahre diese Menschen zu entwickeln, um diese beruflich zu integrieren, so dass sie nicht an die Fürsorge gelangen, erklärt Christa Köppel. «Wir haben als Kommune eine hohe Motivation, diese sieben Jahre nicht einfach verstreichen zu lassen, um aus Asylbewerbern Sozialfälle zu produzieren. Das Ziel soll sein, dass diese Menschen nach sieben Jahren die Eigenständigkeit erlangen, so dass sie sich selbständig in unserer Gesellschaft als wirtschaftlich autonome Menschen bzw. Familien bewegen können», führt die Gemeindefürsprecherin und Präsidentin der VSGP (Vereinigung St. Galler Gemeindefürsprecherinnen und -fürsprecher, Sektion Rheintal) weiter aus.

Wichtig sei, zu verstehen, dass dies keine Erfindung der Rheintaler Gemeinden sei. Denn seit 1. Januar 2008 wurde das Ausländergesetz auf Bundesebene neu geregelt. «Das beinhaltet einen grundsätzlichen Systemwechsel.» Dies heisse, dass die vorläufig aufgenommenen Menschen in der Schweiz integriert werden müssen. Das Gesetz habe die Aufgabe dem

Kanton weitgereicht und der Bund stelle die Finanzierung bereit. Die Idee, dies regional durchzuführen, sei von der VSPG der Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten, zusammen mit dem Kanton St. Gallen, ausgearbeitet worden. «Wir waren der Meinung, Integration sollte in der Gesellschaft wie auch in der Wirtschaft an vorderster Front sein.» Die Gemeinden hätten beschlossen, dies miteinander durchzuführen und hätten so die «REPAS», Region Rheintal, im Kanton St. Gallen lanciert. «Dies ist ein Konzeptwandel in der Asylpolitik, welche die gesetzlichen Grundlagen auf Bundesebene hat und nicht die Idee der Rheintaler Gemeinden ist», so Köppel.

Grundlagen auf Bundesebene

Franziska Ramseyer, OB Asylwesen: «Wir haben seit 1. September unsere Arbeit aufgenommen und bringen zwölf Jahre Erfahrung mit. Wir bieten Dienstleistungen im Sozialbereich an und führen Sozialdienste und reorganisieren Sozialdienste. Wir haben 70 Mitarbeiter, 42 davon arbeiten im Bereich Asylwesen und Intergration.» Ein Angebot, wie es «REPAS» darstellt sei ein Novum. Es werde nach den Grundsätzen gearbeitet, die Klientel zu fördern, um diese zu integrieren – im Bereich der Sprachbarriere, Bewerbung usw. «Wir sind auf die Zusammenarbeit der Gemeinden und der Wirtschaft stark angewiesen», gibt Ramseyer zu verstehen. Auch die Zusammenarbeit mit dem RAV sei sehr intensiv.

Ein Grossteil der Flüchtlinge sei Eritreer und sie seien der deutschen Sprache noch nicht mächtig. Aber sie würden sich gut in den Arbeitsmarkt integrieren lassen und würden teils auch über eine gute Ausbildung verfügen. Tatsache sei, dass sich Flüchtlinge wie auch Asylsuchende einfacher in den Arbeitsmarkt integrieren lassen als Sozialhilfeempfänger. Aber auch für Letztere sei die «REPAS» eine erfolgversprechende Anlaufstelle.